

STEPHAN MAYER

# Harte Attacken gegen Gregor Gysi

## CSU-Innenpolitiker: SPD plant strategischen Brückenschlag zur Linkspartei

**S**tephan Mayer ist innenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und von Hause aus Jurist. Mayer ist in der Öffentlichkeit dafür bekannt, dass er in der Auseinandersetzung mit der Linkspartei eine „scharfe Klinge“ ficht. Dabei scheut er sich nicht, die Rolle der medialen Lichtgestalt Gregor Gysi und dessen DDR-Vergangenheit immer wieder kritisch zu hinterfragen.

Im Zuge der Plagiatsaffäre um Ex-Verteidigungsminister zu Guttenberg ist nun auch Gysis eigene Doktorarbeit aufgetaucht, in der er der Bundesrepublik Imperialismus unterstellt und westdeutsche Richter als reaktionär und „leicht manipulierbar“ bezeichnet sowie den Bundestag als eine „Scheindemokratie“ apostrophiert.

**Wäre es nicht angezeigt gewesen, Gregor Gysi in der Debatte um zu Guttenberg an seine eigene Doktorarbeit zu erinnern und ihn ebenfalls zum Rücktritt aufzufordern?**

Ich habe meine Zweifel, ob Gysis Doktorarbeit unseren Qualitätsanforderungen entspricht und dass er befugt ist, sich mit dem Titel Doktor der Rechtswissenschaften zu schmücken. Was mich allerdings bei der Person Gysi mehr umtreibt, ist seine DDR-Vergangenheit. Gysi hat offenkundigen Mandantenverrat begangen, was nach deutschem Recht ein Straftatbestand ist. Es ist offenkundig und eindeutig belegt, dass Gregor Gysi ein informeller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes war und mit verschiedenen Tarnnamen in den Akten der Stasi ge-



Mit Stephan Mayer sprach Joachim Schäfer

führt wurde. Es ist zudem offenkundig, dass Gysi engstens in den Machtapparat des Unrechtregimes DDR verstrickt war. Vor diesem Hintergrund kann ich in keiner Weise verstehen, dass Gregor Gysi mit großer Euphorie durch die Talkshows in Deutschland gereicht wird und als „Gutmensch“ erhaben über andere Personen urteilt – wie zum Beispiel auch über Ex-Verteidigungsminister zu Guttenberg.

**Weniger aufgeregt als bei der zu Guttenberg-Affäre gingen die Vertreter der veröffentlichten Meinung mit den Ausführungen von Linken-Chefin Gesine Löttsch ins Gericht, die auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz den Kommunismus wieder hoffähig machen wollte.**

Die Äußerungen von Frau Löttsch zeigen, dass die Linkspartei immer noch nicht in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit angekommen und dass sie nach wie vor in der DDR-Nostalgie

verwurzelt ist. Und dass sie vor allem auch das Schicksal negiert, das Hunderttausende von Menschen in der ehemaligen DDR, aber auch in vielen anderen kommunistischen Staaten des ehemaligen Ostblocks erleiden mussten. Wer mit einem kommunistischen Regierungssystem liebäugelt, führt eine rückwärts gewandte Diskussion, die eigentlich schon überwunden schien.

**Fehlt es nicht grundsätzlich an einer starken inhaltlichen und argumentativen Auseinandersetzung mit der SED-Nachfolgepartei?**

Die Meinung von CDU und CSU hinsichtlich der Linkspartei ist klar und eindeutig. Ihre Frage müsste sich mehr an die SPD richten. Unter der Führung von Siegmар Gabriel herrscht in großen Teilen der Sozialdemokraten die Auffassung vor, dass es strategisch sinnvoll sein könnte, einen Brückenschlag zur Linkspartei vorzunehmen, um eine Regierungsmehrheit auf Bundesebene zu erreichen. Wir müssen ja jetzt schon zur Kenntnis nehmen, dass in Berlin, aber auch in Brandenburg, die SPD ganz unverhohlen mit denjenigen praktiziert, die – zumindest in Teilen – das DDR-Unrechtregime aufrechterhalten und gestützt haben.

**Sie werfen der Linkspartei zudem vor, mit gewaltbereiten Linksextremisten zu paktieren.**

Es ist erschütternd, wie eng die Verbindungen der Linkspartei zur linksextremistischen und gewalttätigen Szene in Berlin sind. So hat die Anmeldung der diesjährigen „Revolutionären-1. Mai-Demonstration“ der wissenschaftliche Mitarbeiter der innenpolitischen Sprecherin der Linksfaktion, Ulla Jelpke, durchgeführt. Diese Demonstrationen endeten in den letzten Jahren immer wieder in offener Gewalt. Ich darf darauf hinweisen, dass bei den Mairkrawallen vor zwei Jahren weit über 400 Polizisten verletzt wurden. Das zeigt, dass offensichtlich gewaltsamer Protest seitens der Linkspartei nicht mehr nur toleriert, sondern auch ermöglicht werden soll. ■